



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 12. Dezember 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Amnesty International wirft den Mitgliedsstaaten der EU vor, ganz bewusst die libysche Küstenwache zu unterstützen. Die gelieferte Technik und Expertise werde genutzt, um Fliehende im Mittelmeer aufzugreifen und in die Gefangenenlager zu bringen. Folter, Erpressungen, Mord, Sklaverei – all das sei bekannt.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-12/amnesty-international-libyen-schleuser-ausbeutung-fluechtlinge> (12.12.17)
- Die EU-Kommission hat Polen, Tschechien und Ungarn verklagt. Die drei Staaten hätten nicht ausreichend an der EU-internen Umverteilung von Geflüchteten mitgewirkt.
<http://www.fr.de/politik/flucht-zuwanderung/fluechtlinge-eu-kommission-verklagt-tschechien-ungarn-und-polen-a-1403285> (07.12.17)
- Griechenland fährt damit fort, Fliehende von den Inseln in der Ägäis auf das Festland zu transferieren. 15.000 Menschen befinden sich noch auf den Inseln, 270 weitere wurden nach Piräus gebracht. Laut NZZ waren es 822 Geflüchtete, die in den ersten neun Monaten dieses Jahres verlegt wurden. Unklar ist, wie viele der Menschen auf eigene Faust die Inseln verlassen und damit, wie viele Menschen sich überhaupt auf dem griechischen Festland aufhalten. Der UNHCR geht von 35.000 Personen aus.
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/migration-griechenland-bringt-weitere-fluechtlinge-aufs-festland/20695464.html> (11.12.17)
<https://www.nzz.ch/international/griechenland-raetselt-darueber-wo-die-fluechtlinge-hingekommen-sind-ld.1336092> (10.12.17)

Bund, Land, Kommune

- Auch bei den Sondierungsgesprächen zu einer Koalition aus CDU, CSU und SPD wird der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten zum Politikum.
http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-seehofer-lehnt-spd-plaene-zum-familiennachzug.1939.de.html?drn:news_id=823450 (05.12.17)
- Vergangenen Mittwoch wurden 27 Menschen nach Afghanistan abgeschoben, mindestens eine Person war in der Ausbildung. Die Version der Regierungsseite, nur Straftäter*innen, Gefährder*innen und jene, die über ihre Identität täuschen (eine Kategorie, die Willkür Tür und Tor öffnet) konnte erneut durch den Bayerischen Flüchtlingsrat als – kein anderer

Begriff beschreibt das besser – Lüge entlarvt werden. Der Verein wird währenddessen mit massiven Vorwürfen konfrontiert. Mit der Aussage, er bewege sich an der „Grenze zur Strafbarkeit“ wird versucht, das Verhindern von Abschiebungen nach Recht und Gesetz zu delegitimieren. Der frühere Präsident Afghanistans, Hamid Karzai, sprach sich gegen Abschiebungen in sein Land aus, die Sicherheitslage sei „schlimm“.

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-12/asylpolitik-abschiebung-fluechtlinge-afghanistan-hamid-karzai> (06.12.17)

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-12/asylpolitik-abschiebung-afghanistan-gefahrder> (06.12.17)

- Die Innenminister haben auf ihrer Konferenz vergangene Woche beschlossen, den Abschiebestopp nach Syrien mindestens bis Ende des Jahres 2018 laufen zu lassen.
<http://www.fr.de/politik/fluechtlinge-abschiebestopp-nach-syrien-verlaengert-a-1404145> (08.12.17)
- Das Deutsche Institut für Menschenrechte stellt gravierende Missstände in Sammelunterkünften für Geflüchtete fest. Vor allem mangelhafte Hygiene und fehlende Privatsphäre sowie der eingeschränkte Zugang zu Sprachkursen seien immer wieder zu verzeichnen. Besonders betroffen seien Schutzsuchende mit Behinderung. Ihre Bedürfnisse würden kaum berücksichtigt werden, auf die Verlegung in barrierefreien Einrichtungen müsste lang gewartet werden.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-12/fluechtlinge-unterkunft-deutsches-institut-menschenrechte-verstoss> (06.12.17)
- Die Zahlen beim Kirchenasyl sind gestiegen. Vor allem Menschen, für die ein anderer EU-Mitgliedsstaat laut Dublin-III-Verordnung zuständig ist, werden unter den Schutz von Kirchen genommen. Laut der Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche waren Mitte November 531 Menschen bei Gemeinden untergekommen. Diese dreistellige Zahl war Anlass genug für die Innenminister, auch dieses Thema bei ihrer Konferenz zu diskutieren. Der Vorwurf: die Kirchen hebelten EU-Recht aus. Für die Kirchen geht es um die Korrektur eines mit Fehlern behafteten Systems.
<https://www.abendblatt.de/politik/article212726663/Immer-mehr-Fluechtlinge-finden-Asyl-in-Kirchengemeinden.html> (04.12.17)
- Jede vierte Klage gegen Bescheide des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist erfolgreich. Entschieden wird heute vor allem über Klagen gegen Bescheide aus den Jahren 2015 und 2016. Die Verwaltungsgerichte sind seit Monaten überlastet, was auch an der qualitativ schlampigen Arbeit des BAMF liegt.
<https://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/erfolgreiche-asylklagen-100.html> (10.12.17)
- Die Geflüchtetenunterkunft im Bautzner Spreehotel schließt Ende des Jahres final. Zuletzt hatte der Stadtrat die benötigten 25.000 Euro nicht bewilligt. Die als Flüchtlinge im juristischen Sinne anerkannten Menschen hätten von dem Spreehotel aus Wohnungen suchen sollen. Das sei aber die Verantwortung des Landkreises, meinte die Mehrheit der Stadträte. Derweil muss der Leiter des Hotels, Peter-Kilian Rausch, wieder Anfeindungen über sich ergehen lassen.
<https://www.mdr.de/sachsen/bautzen/letzte-tage-im-spreehotel-100.html> (09.12.17)

Hintergrund und Meinung

- 25 Jahre „Asylkompromiss“ - ein zweifelhaftes Jubiläum. Der *Deutschlandfunk* gibt chronologisch wieder, wie es dazu kam, dass der Grundsatz „Politisch Verfolgte genießen Asyl“ 1992 relativiert wurde. Im Dezember diesen Jahres wurde er vereinbart. Eine Mega-Große-Koalition aus CDU, SPD und FDP beschloss daraufhin im Bundestag, dass denjenigen der Asylstatus verwehrt werden solle, die durch einen „sicheren Drittstaat“ kommen. Also

alle die Bundesrepublik umringenden Staaten. Anlass waren die rassistischen Gewalttaten und Übergriffe gegen Geflüchtete und Unterkünfte überall in Deutschland. Den Höhepunkt stellten die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda dar. Mit dem Beschluss des Bundestags konnten nun Asylanträge auch als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt werden sofern die Antragsteller*innen denn aus „Sicheren Herkunftsstaaten“ kommen. Allen massiven Gegenprotesten zum Trotz wurde die umfassende Grundrechtseinschränkung schlussendlich mit Zweidrittelmehrheit 1993 von Bundestag beschlossen.

http://www.deutschlandfunk.de/der-asylkompromiss-von-1992-kampf-um-artikel-16.724.de.html?dram:article_id=402386 (05.12.17)

- Der inzwischen ehemalige Generalstaatsanwalt Brandenburgs, Erardo Cristoforo Rautenberg, im Interview mit dem *Tagesspiegel* über die Strafverfolgung von Nazis. Einige Aussagen sind kritisch zu hinterfragen, ist aber dennoch lesenswert.

<http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/sonntag/nazijaeger-erardo-rautenberg-im-interview-es-bringt-nichts-den-nationalismus-nur-abzulehnen/20660010.html> (09.12.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: pr@sfrev.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: pr@rld.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe